

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden, Postfach 10011  
Verleger: Carl Neubauer  
Redaktion: Dresden, Postfach 10011

Abonnement: Dresden, Postfach 10011  
Preis: 1,20 M. pro Quartal  
Einzelpreis: 10 Pf.

Druck: Dresden, Postfach 10011  
Druckerei: Carl Neubauer

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Einigung über die Tributkonferenz

### Deutschland geht keine Bindungen ein

Berlin, 13. Februar. Amlich verlautet: Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien haben von dem belgischen Sachverständigenbericht Kenntnis genommen und sind dann darüber eingekommen, den übrigen beteiligten Regierungen die Vertagung der Konferenz auf den Monat Juni zu empfehlen. Aufgabe der Konferenz wird es sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der belgischen Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrise verursacht haben und sie verlängern könnten. In dieser Entscheidung sind die oben erwähnten Regierungen in der Hoffnung gekommen, daß hierdurch die internationale Lage erleichtert wird.

Dazu drückt unsere Berliner Schriftleitung: Die Mitteilung enthält keinerlei Angaben über den genauen Termin der Zusammenkunft der Konferenz. Das hängt damit zusammen, daß der genaue Termin erst in späteren Verhandlungen festgelegt werden soll. An diesem Ort der Konferenz hat man festgehalten. Mit dieser Einigung über die Reparationsfrage beteiligten Mächte hat damit eine Periode diplomatischer Auseinandersetzungen einen Abschluß gefunden, die einen höchst peinlichen Charakter trug.

Zugleich hat sich aus diesen Verhandlungen ergeben, wie schwer es sein wird, sich über die Sache selbst zu unterhalten. Der Kampf, der in der letzten Zeit hinter den Kulissen geführt wurde, drehte sich vor allem darum, ob man schon jetzt bestimmte Forderungen in sachlicher Hinsicht machen sollte oder nicht. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß irgendwelche Forderungen in materieller Hinsicht auf keinen Fall erfolgen dürften, wogegen Frankreich die Meinung vertritt, daß man doch wenigstens angeben müsse, was die Konferenz eigentlich behandeln sollte.

Dank der vermittelnden Haltung Englands gelang es dann, von Forderungen Abstand zu nehmen. Das ermöglichte die Reichsregierung die Zustimmung zu dem nunmehr veröffentlichten Kommuniqué.

Auf den französischen Wunsch, anzukündigen, daß sich die Konferenz mit einer Verlängerung des Hoover-Memoratoriums befassen solle, ließ sich die Reichsregierung deshalb nicht ein, weil das Eingehen einer neuen Verpflichtung die deutsche Wirtschaft zu sehr belasten würde. Nach dem Hoover-Memoratorium müssen bekanntlich die gestundeten Beträge bis zum 1. Juli 1933 nachgezahlt werden. Hätte man den Franzosen angegeben, daß eine Verlängerung in

Frage kommen solle, so hätte das bedeutet, daß weitere Verhandlungen in Frage gekommen wären.

Ein zweiter Punkt, um den sich die diplomatischen Auseinandersetzungen drehten war die von Frankreich aufgeworfene Frage, ob man denn das Weiterbestehen des Hooverplans wenigstens erwägen müsse. Auf Grund des deutschen Widerstandes und der englischen Vermittlung haben die Franzosen dann schließlich auch davon abgesehen.

Nach den Anschauungen in der Wilhelmstraße geht Deutschland in die kommende Reparationskonferenz mit dem Bewußtsein, daß die Gläubigerseite den deutschen Standpunkt völlig zur Kenntnis genommen hat.

Die Reichsregierung hat in den Verhandlungen zwar verschiedene Male nachdrücklich den Wunsch geäußert, daß die Konferenz zu einem früheren Termin stattfinden möge, weil sich sonst der Zustand ergeben könnte, daß das Hooverjahr abläuft, ohne daß eine Regelung der Reparationen getroffen worden ist, aber die Franzosen geben hier nicht nach. Sie berufen sich vor allem darauf, daß sie erst die im Mai stattfindenden Wahlen vorüberlassen müßten, ehe sie an einer internationalen Konferenz teilnehmen könnten. Die Schuld daran, daß schließlich die Reparationskonferenz, die sich ja aber verschiedene Wochen erstrecken wird, noch zu dem Zeitpunkt liegt, an dem das Hooverjahr abläuft, trägt somit ausschließlich Frankreich.

### Die französische Auslegung

Genf, 13. Febr. Zu den heute von den an der Tributfrage interessierten Mächten gemeinsam veröffentlichten Mitteilungen wird in maßgebenden französischen Kreisen folgender Standpunkt vertreten:

1. Die kommende Reparationskonferenz hat die Aufgabe, eine dauerhafte Lösung anzustreben, die jedoch nicht gleichbedeutend mit einer endgültigen Lösung ist.  
2. Jede Regierung behält sich uneingeschränkt das Recht vor, ihren bisherigen Standpunkt in vollem Umfang auf der Reparationskonferenz zum Ausdruck zu bringen.  
3. Den Rahmen der Reparationskonferenz bilde, wie in dem Kommuniqué betont, das belgische Gutachten, jedoch selbstverständlich auch in vollem Umfang der Hooverplan.

### Wieder Verpfändung der Reichsbahn?

London, 13. Febr. Wie der Genfer Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ meldet, sei geplant, die deutschen Zahlungen vollständig herabzusetzen. Wahrscheinlich werde man eine „Döckel- und Winderkaffee“ nennen, zwischen denen sich auf Grund einer jährlich festzusetzenden Wohlstandskurve die deutschen Zahlungen zu bewegen hätten. Die Zahlungen würden mit etwa 200 bis 400 Millionen Mark jährlich beginnen. Die Reichsbahn sollte die Sicherheit für die Zahlungen abgeben.

## Vor dem entscheidenden Wort Hindenburgs

### Die Harzburger Front fordert geschlossen Systemänderung

Berlin, 13. Febr. Offiziell wird nach wie vor in der Präzedenzfrage die Version aufrechterhalten, daß das entscheidende Wort Hindenburgs entweder noch im Laufe des Sonnabends, spätestens aber am Sonntag gesprochen werden wird. Ob diese Termine freilich eingehalten werden können, muß nach Lage der Dinge zweifelhaft erscheinen, haben sich doch in den letzten Tagen derart viele Komplikationen ergeben, daß unter Umständen mit einer weiteren hinausgezögerten an allen mit der Präzedenzfrage beteiligten Stellen gerechnet werden kann. Die Bundesführer des Stahlhelms sind am Sonnabendvormittag in Berlin eingetroffen. Zwischen hatte der Bundeskanzler des Stahlhelms eine Aussprache mit dem Vorsitzenden des Reichsbundesarbeitsrates, General a. D. v. Horn. Auf Anfrage erfahren wir von der Pressestelle des Reichsbundesarbeitsrates, daß infolge der eingetretenen Komplikationen nicht gesagt werden könne, ob General v. Horn sich noch im Laufe des heutigen Tages zum Reichspräsidenten begeben wird und ob der ursprünglich ins Auge gefasste Aufruf erscheint.

Die Besprechung der Führer der Harzburger Front hat Sonnabend mittags bereits begonnen. Ob sie heute zu einem abschließenden Ergebnis führt, muß ebenfalls wieder als fraglich bezeichnet werden. Anlässlich liegt nach den deutschen Erklärungen des Stahlhelms auch die Rede des politischen Beauftragten der Nationalsozialistischen

Partei, Götting, vor, die eine Stellungnahme in fast nicht mehr zu überbietender Schärfe enthält.

Stahlhelm und Nationalsozialisten haben sich dahin festgelegt, daß sie für eine Präzedenzfrage des Generalfeldmarschalls von Hindenburg nur dann eintreten wollen, wenn der Reichspräsident die völlige Systemänderung garantiert und sich vom Reichskanzler Dr. Brüning trennt.

Diese Auffassung hat auch der deutschnationale Fraktionsführer Dr. Oberfohren inwieweit in einer Rede in A. H. Berg zum Ausdruck gebracht. Man darf sich deshalb nicht mehr darüber täuschen, daß die Entscheidungen gleichsam auf des Meisters Schneide stehen und zum mindesten die Gruppen der Harzburger Opposition sich in eindeutiger Weise festgelegt haben. Die Lage hat sich so zugespitzt, daß wohl die Entscheidungen nicht mehr bis zum 23. Februar hinausgeschoben werden können, zu welchem Termin bekanntlich der Reichstag zusammentritt und der Versuch gemacht werden wird, das Kabinett Brüning auf parlamentarischem Wege zum Rücktritt zu zwingen. Dikt aber der Reichspräsident eine diktatorische Stellungnahme für das Kabinett Brüning antritt, dann muß wohl nun damit gerechnet werden, daß die Harzburger Opposition mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf zieht und die Entscheidung in offener Wahlkampf steht.

Wie weiter verlautet, wird der Vorsitzende des „Vereins der Parteimitglieder“, der die Hindenburgwahl vorbereiten soll.

Oberbürgermeister Dr. Sahm, der an Beginn der kommenden Woche mit dem offiziellen Ergebnis der Abstimmungen zum Reichspräsidenten von Hindenburg beginnt.

Ein genauer Termin steht im Augenblick noch nicht fest. Man spricht davon, daß Dr. Sahm den Reichspräsidenten am Montag oder Dienstagvormittag aufsuchen wird.

### Zwischen drei Klippen

Es wird dem deutschen Volke wirklich nicht leicht gemacht, sich aus der Verdrängung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen zu befreien. Mit einem Ruck geht es jedenfalls nicht, sondern nur in langsam geduldigem Gemäßen. In der vergangenen Woche mutet der deutsche Feldweg fast wie die Bewegung der Eternenher Springprozedur an: einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Unter jeder überwundenen Schwierigkeit türmen sich neue auf, zu deren Bewältigung mehr als gewöhnlicher Mut und vor allem die in nationalen Dingen noch lebende Geschlossenheit gehört.

Ein Teilschnitt dieses Ringens spielt sich im Rahmen der Abrechnungskonferenz auf der wohlbekanntesten Genfer Bühne ab. Mit dem Abschluß der Generalausprache ist dort eine Phase eingetreten. Noch keine Entscheidung, aber doch eine wichtige Vorentscheidung. Wenn wir die Zwischenbilanz ziehen, dann steht für uns die Frage: Wie steht es nach dem Aufmarsch der Redner aller großen Staaten mit der Aussicht, daß Deutschland zu seinem Rechte kommt, sei es durch Abrechnung der anderen, sei es durch Wiedergewinnung seiner Wehrfreiheit? Die Chancen sind nach der Ausbreitung der Karten jedenfalls nicht besser geworden. Zwar hat es an Entscheidungen nicht gefehlt. Besonders die tapfere Bundesgenossenschaft des italienischen Außenministers war erfreulich, der mit den wohlklingenden Worten Dantes ausbrach, was eigentlich in der deutschen Sprache Luther hätte sagen werden müssen. Aber schon die zur gleichen Front gehörenden Angehörigen haben eine merklich schwankende und kompromißbereite Haltung eingenommen, und die sowjetrussische Unternehmung hat sich als zu unehrlich gezeigt, als daß sie Verlaß wäre. Auf der anderen Seite steht der französische Block geschlossen auf der Wacht vor seinem Nahrungsübergewicht und hat mit Tardieu's Vorschlägen die Initiative an sich gerissen. Was der Reichskanzler dagegen vorbrachte, war gewiß in jedem Worte richtig; aber mit noch so viel Lob für das hohe ethische Niveau seiner Ausführungen kann die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß Deutschland nicht den Mut zu einer Gegenoffensive aufgebracht hat, die ihm seine Stellung als Kläger und Abrechnungspläubiger zurückgeben hätte. Auch der deutsche Gegenplan hat dadurch, daß er nur angedeutet, nicht entgegengetreten wurde, viel von seiner Wirkung eingebüßt. Nach diesem Vorpiel besteht die Gefahr, daß die Konferenz unter französischer Führung vielleicht in Monaten, vielleicht aber auch nach fruchtlosen Wiederholungen in Jahren erst im Sande verläuft. Wenn sich das Blatt wenden und doch noch etwas Ersprießliches herauskommen soll, dann muß die deutsche Taktik von Grund auf geändert werden, nicht mehr in Anpassung an die Völkerverdrängung, sondern in Uebereinstimmung mit unseren nationalpolitischen Zielen.

Während diese Vorgänge in aller Öffentlichkeit abrollen, hat die angedeutete abgeklärte Geheimdiplomatie hinter den Genfer Kulissen ihren Triumph gefeiert und einen Streich ausgeführt, der die Stellung, die sich Deutschland durch mannhaftes Auftreten in der Tributfrage errungen hatte, mit einem Schlag zerstören soll. Die französischen und englischen Nachrichten lassen keinen Zweifel, daß die Franzosenfreunde im Londoner Außenamt in aller Stille ihr Ziel erreicht und ein Vorabkommen mit dem Haupttributpläubiger getroffen haben, das die englische Politik wieder einmal an die französische anhängt. Wir wissen, was das heißt: Verschleppung der Reparationsregelung bis zum Juni und dann Aufrechterhaltung eines Systems, das nach dem erhofften Konjunkturaufschwung dem Hooverplan in möglichst unverminderter Wucht wieder auf Deutschland drücken läßt. Im Berliner Außenamt will man zwar an eine solche materielle Einigung nicht glauben, weil dort noch keine Informationen vorliegen und weil ein englischer Journalist davon spricht, daß das britisch-französische Abkommen nicht gegen einen Dritten gerichtet ist. Wenn der amtliche Un glaube keine bessere Stütze hat, dann liegt er auf sehr schwachen Füßen. Auch die vorläufigen Formeln des nunmehr veröffentlichten amtlichen Kommuniqués sind nicht geeignet, diese Bedenken abzuwehren. Wir sind durch Erfahrungen gewöhnt, und darum kommt uns die neueste Entscheidung auch gar nicht überraschend. Daß die Londoner Diplomatie auf eine solche Vereinbarung mit Frankreich eingegangen, was bekannt. Demnach handelt es sich um die Auffassung der englischen Wirtschaftskreise im Wege die sich an die Querschnitte der Sachverständigen blieben. Man scheint auch diesen Widerstand umgangen oder überrollt zu sein; die Wirtschaftsverwaltung liegt gefesselt am Boden und die politische Unvernunft beherrscht die Stunde. Die Rechnung die sich die beiden Gläubiger dabei aufgemacht haben, ist recht einfach: Mitte oder Ende Juni kurz vor Ablauf des Hooverjahres, unter dem Druck einer verdrängten inneren Krise und vielleicht neuer Finanzkatastrophen, hoffen sie, daß das Reich

Small text in the left margin, likely containing advertisements or notices.